

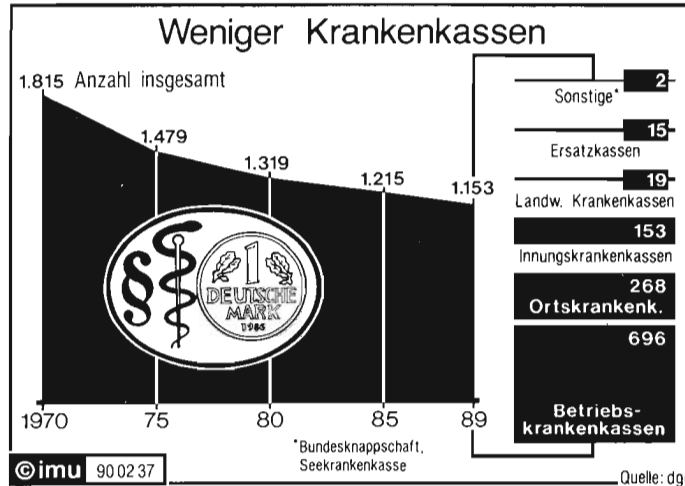
## Schnipkoweit: Fünftes Herzzentrum?

HANNOVER/OLDENBURG. Niedersachsens Sozialminister Hermann Schnipkoweit befürwortet ein fünftes Herzzentrum in Niedersachsen, um die medizinische Versorgung von Herzpatienten in diesem Bundesland sicherzustellen. Als mögliche Standorte kämen entweder die Städtischen Kliniken in Oldenburg oder der Raum Osnabrück in Frage.

Mit den Zentren in Hannover und Göttingen, dem neuen Herzzentrum in Braunschweig und den noch zu errichtenden Kliniken im Raum Osnabrück oder in Oldenburg, würde Niedersachsen die Empfehlung der Gesundheitsministerkonferenz erfüllen, Kapazitäten für 500 bis 700 Operationen am offenen Herzen je eine Million Einwohner vorzuhalten. Das Land befürwortet eine möglichst bürgernahe, dezentrale Standortplanung. Auch müsse die Planung auf die jüngste deutschlandpolitische Entwicklung Rücksicht nehmen. Es sei zu erwarten, daß die Kooperation in Berlin in der herzchirurgischen Versorgung durch die starke Nachfrage von DDR-Patienten zunehmend eingeschränkt werde. EB

## Kein „Anamnese-Paß“

BONN. Die Bundesregierung hält die Einführung eines „Anamnese-Passes“ für nicht erforderlich, „zumal ein solcher Ausweis unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten kritisch beurteilt werden muß und das persönliche anamnestiche Gespräch nicht ersetzen kann“. Das sagte der beamtete Staatssekretär des Bundesgesundheitsministeriums, Werner Chory, auf eine Anfrage der SPD-Fraktion. Nach Chorys Ansicht ist der Europäische Notfallausweis (ENA) ausreichend. EB



Die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen in der Bundesrepublik ist von 1970 bis 1989 um rund ein Drittel zurückgegangen. Besonders deutlich war dieser Schrumpfungsprozeß bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen, ihre Zahl reduzierte sich von 102 auf 19. Am zweitstärksten fiel der Rückgang bei den Betriebskrankenkassen aus, die ihre Anzahl von 1970 bis 1989 von 1119 auf 696 verringerten. Im selben Zeitraum nahm die Zahl der Ortskrankenkassen von 399 auf 268 und die der Innungskrankenkassen von 178 auf 153 ab

## Mobiler Dienst für Mukoviszidose-Kranke

STUTTGART. Einen neuartigen krankengymnastischen Dienst haben der Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Mukoviszidose und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg für Mukoviszidose-Kranke eingerichtet.

Ziel ist die bedarfsgerechte Versorgung betroffener Kinder und Jugendlicher, die in den vorhandenen klinischen Zentren nicht ausreichend betreut werden können.

Die Behandlung, die fachliche Hilfestellungen bei der Einübung der lebenswichtigen Atem- und Klopftechniken und beim Inhalieren umfaßt, erfolgt auf ärztliche Verordnung und wird von den Krankenkassen bezahlt. Der mobile krankengymnastische Dienst ist zunächst allerdings auf die Stadt Stuttgart und die umliegenden Landkreise beschränkt. Ein weiterer Ausbau ist – entsprechende Nachfrage vorausgesetzt – in

absehbarer Zeit geplant. Interessenten erhalten nähere Informationen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Seine Telefonnummer lautet: 07 11/ 26 37-1 06. EB

## Ausland

### Ärzte vertreiben Gesundheitsminister

SOFIA. Noch vor dem Parteitag der bulgarischen KP, die zum Rücktritt und zur Neubildung der Regierung führte, hatten die bulgarischen Ärzte versucht, den Gesundheitsminister „abzuschließen“. Ende Januar waren die Krankenhausärzte des Landes in den Streik getreten – ein „Stufenstreik“: Am ersten Tag legten sie die Arbeit für eine Stunde nieder, und an jedem folgenden Tag legten sie eine Stunde zu. Streikgründe: Die Ärzte warfen der Leitung des Ministeriums mangelhafte Geräteausstattung und Medikamentenzuteilung vor, sie verlangten die Erhöhung des Gesundheits-etats des Landes (zur Zeit 2,5 Prozent der Staatsausgaben) und Gehaltserhöhungen. Nun traten während des Parteita-

ges die gesamte Regierung und damit der Gesundheitsminister ohnehin zurück. Am vierten Streiktag jedoch tat der Staatsrat, das kollektive Staatsoberhaupt, ein übriges: Entlassen wurden auch die beiden Minister-Stellvertreter und der Erste Sekretär des Ministeriums. Daraufhin brachen die Ärzte den Streik ab. Er war organisiert worden von einer neu gegründeten, von Staat und Partei unabhängigen Gewerkschaft namens „Podkrepa“. Verhandlungen mit den Ministerien für Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen sollen aufgenommen werden. afp

## Verbot von Tabak-Werbung empfohlen

BRÜSSEL. Eine Kommission des Europäischen Parlaments hat am Mittwoch ein Verbot jeglicher Tabakwerbung in der Europäischen Gemeinschaft ab 1991 empfohlen. Die Kommission für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz verabschiedete einen Bericht, in dem Werbung für Tabakprodukte „durch Presse, Plakate, Film“ sowie andere Mittel verboten wird, ebenso gesponserte Aktivitäten für Tabakprodukte. Der mit 20 Jahren gegen fünf Neinstimmen bei fünf Enthaltungen verabschiedete Text soll bei der nächsten Plenarsitzung des Europaparlaments im März in Straßburg zur Abstimmung vorgelegt werden. Wenn das Parlament und die Europäische Kommission dem Entwurf zustimmen, liegt die endgültige Entscheidung darüber bei den Ministern der zwölf EG-Mitgliedsstaaten. Der Text entstand auf der Grundlage eines Entwurfs der Europäischen Kommission, wurde aber erheblich verschärft.

Das Werbeverbot soll auch indirekte Formen der Werbung umfassen, wie sie etwa in Frankreich praktiziert werden, so z. B. Werbung für Kleider mit dem Emblem einer Zigarettenmarke. afp